

Antrag auf Ausstellung eines Wohnberechtigungsscheines

nach § 8 des Schleswig-Holsteinischen Wohnraumförderungsgesetzes (SHWoFG)

nach § 88 d des II Wohnungsbaugesetzes (WoBauG)

Die nachfolgend erbetenen Angaben sind notwendig, um prüfen zu können, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für den von Ihnen beantragten Wohnberechtigungsschein vorliegen. Laut Nr. 3.2.3 Abs. 3 der Verwaltungsbestimmungen zum Schleswig-Holsteinischen Wohnraumförderungsgesetz (VB-SHWoFG) muss darauf hingewiesen werden, dass die Angaben auf der Grundlage des § 8 Abs. 4 SHWoFG zum Zwecke der Bearbeitung des Antrages erhoben, gespeichert und genutzt werden. Eine Verweigerung von Angaben kann zur Ablehnung des Antrages führen.

1	Antragsteller/in				
Familienname, Vorname			Geburtsdatum		
Anschrift			Staatsangehörigkeit		
			Aufenthaltstitel bis		
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> in Partnerschaft <input type="checkbox"/> getrennt lebend			verheiratet seit		
2	Antragsteller/in und alle Haushaltsangehörigen, die in die künftige Wohnung aufgenommen werden sollen:				
Buchstabe	Familienname, Vorname	Geburtsdatum	Verwandtschaftsverhältnis	Eigenes Einkommen ja nein	
a			Antragsteller/in		
b					
c					
d					
e					
f					
3	Sind Sie oder eine andere Person (aus Nr. 2) vorübergehend vom Haushalt abwesend? Nein <input type="checkbox"/> ja, folgende Person/en <input type="checkbox"/>				
1	Familienname	Vorname			
	Dauer der Abwesenheit (von - bis)	Grund			
2	Familienname	Vorname			
	Dauer der Abwesenheit (von - bis)	Grund			
4	Zugehörigkeit zu einem begünstigten Personenkreis				
Ich bin / oder ein/e Haushaltsangehörige/r ist Angehörige/r eines begünstigten Personenkreises.					
<input type="checkbox"/> Schwerbehinderte/r		<input type="checkbox"/> Rentner/in			
<input type="checkbox"/> Student/in		<input type="checkbox"/> kinderreiche Familie			
Zum Nachweis füge ich bei:					
5	Begründung für zusätzlichen Raumbedarf				
<input type="checkbox"/> Schwangerschaft Entbindungstermin: <input style="width: 150px;" type="text"/>		<input type="checkbox"/> allein erziehender Elternteil mit Kind/ern über 6 Jahre			
<input type="checkbox"/> Schwerbehinderte/r mit dem Merkzeichen aG, BI oder H					

Einkommenserklärung der Antragstellerin / des Antragstellers und aller Haushaltsangehörigen

6	Bitte alle Personen mit Einnahmen eintragen	Antragsteller/in	Name, Vorname	Name, Vorname	Name, Vorname
	monatliche Einnahmen aus	Bruttobetrag (Euro)	Bruttobetrag (Euro)	Bruttobetrag (Euro)	Bruttobetrag (Euro)
	Nichtselbständiger Arbeit				
	Geringfügiger Beschäftigung				
	Renten aller Art, auch Betriebsrenten a)				
	Renten aller Art, auch Betriebsrenten b)				
	Renten aller Art, auch Betriebsrenten c)				
	Ausländische Einkünfte				
	Selbständiger Arbeit / Gewerbe				
	Kapitalvermögen (z.B. Zinsen)				
	Vermietung und Verpachtung				
	Abfindungen				
	Arbeitslosengeld				
	Unterhaltsgeld				
	Krankengeld / Verletztengeld Krankentagegeld				
	Mutterschaftsgeld, Zuschüsse zum Mutterschaftsgeld				
	Elterngeld				
	Unterhalt / Unterhaltsvorschuss				
	Sozialhilfe / Grundsicherung				
	BAföG / Berufsausbildungsbeihilfe / Ausbildungsgeld / Stipendien				
	Sachleistungen				
Sonstige Einnahmen im Sinne des Wohnraumförderungsgesetzes					
	Art:				
	Art:				
Berücksichtigungsfähige Aufwendungen					
Werbungskosten (bitte Betrag eintragen und Nachweis vorlegen) Werbungskostenpauschalbeträge für steuerpflichtige Einnahmen werden ohne Nachweise berücksichtigt. Höhere Aufwendungen und Werbungskosten für steuerfreie Einnahmen müssen Sie nachweisen.					
	Nachzuweisende Werbungskosten (Betrag)				
Abgaben / Beiträge Bitte geben Sie an, ob Sie Steuern (Einkommen-, Lohn-, oder Kapitalertragsteuer), gesetzliche Kranken- oder Rentenversicherungsbeiträge zahlen, da diese zu einem Pauschalabzug führen. Zutreffendes bitte einkreisen.					
	Steuern	ja / nein	ja / nein	ja / nein	ja / nein
	Ges. Krankenversicherung	ja / nein	ja / nein	ja / nein	ja / nein
	Ges. Rentenversicherung	ja / nein	ja / nein	ja / nein	ja / nein
Auch freiwillige Beiträge zu einer Krankenversicherung oder zur Altersvorsorge (z.B. für eine Lebensversicherung) können zu einer Erhöhung des Pauschalabzuges führen, wenn Sie nicht bereits gesetzlich kranken- oder rentenversichert sind.					
	freiwillige Krankenversicherung (mtl. Beitrag)				
	freiwillige Altersvorsorge (mtl. Beitrag)				

7	Werden sich Ihre oder die Einnahmen einer anderen zu Ihrem Haushalt gehörenden Person in den nächsten 12 Monaten verringern oder erhöhen? Ja / nein (bitte einkreisen)			
	1	Familienname	Vorname	Betrag des neuen Bruttoeinkommens in Euro
Begründung:				
2	Familienname	Vorname	Betrag des neuen Bruttoeinkommens in Euro	Betrag der neuen Werbungskosten in Euro
	Begründung:			

Freibeträge und Abzugsbeträge

8	Angaben zur Ermittlung von Frei- und Abzugsbeträgen	
	8.1	<p>Freibetrag für jedes zum Haushalt rechnende Kind im Sinne von § 32 Abs. 2 - 5 des Einkommensteuergesetzes:</p> <p>Freibetrag für <input type="checkbox"/> Kind/er (Anzahl) Freibetrag pro Kind 1.000 €</p>
	8.2	<p>Freibetrag bei Schwerbehinderung mit einem Grad der Behinderung von wenigstens 50 % oder ab der Zuordnung zum Pflegegrad 2 nach § 15 Abs. 1 Elftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XI) - Soziale Pflegeversicherung - :</p> <p><input type="checkbox"/> selbst <input type="checkbox"/> aufgeführt unter Nr. 2 <input type="checkbox"/></p> <p><input type="checkbox"/> Anzahl der Personen Freibetrag pro Person 4.500 €</p>
8.3	<p>Abzugsbetrag bei Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen. Unterhalt wird von folgender Person geleistet:</p> <p><input type="checkbox"/> selbst <input type="checkbox"/> aufgeführt unter Nr. 2 <input type="checkbox"/></p> <p>Unterhaltsleistungen werden an folgende Person/en gezahlt:</p> <div style="border: 1px solid black; height: 40px; width: 100%;"></div> <p>Betragshöhe:</p> <p>monatlich: <input style="width: 150px;" type="text"/> jährlich: <input style="width: 150px;" type="text"/></p> <p><input type="checkbox"/> Der Betrag beruht auf einer notariell beurkundeten Unterhaltsvereinbarung, einem Unterhaltstitel oder einem Unterhaltsbescheid. Deshalb wird der jährliche Unterhaltsbetrag voll als Abzugsbetrag abgesetzt.</p> <p>Der Abzugsbetrag wird auf den tatsächlichen Betrag festgesetzt und ist auf den Pauschalbetrag von 6.000 € (bei getrennt lebenden Ehegatten oder Partnern) sowie auf 4.000 € bei auswärtiger Unterbringung oder bei nicht zum Haushalt gehörendem Kind begrenzt.</p>	

9	Vorhandenes erhebliches verwertbares Vermögen	
	Eine Wohnberechtigung für eine geförderte Wohnung setzt voraus, dass Wohnungssuchende auf eine geförderte Wohnung angewiesen sind. Sie ist deshalb trotz Einhaltens der Einkommensgrenzen abzulehnen, wenn der Haushalt über erhebliches Vermögen verfügt. Von einem erheblichen Vermögen ist in der Regel auszugehen, wenn die Summe des verwertbaren Vermögens der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder 60.000 € für das erste zu berücksichtigende Haushaltsmitglied und 30.000 € für jedes weitere zu berücksichtigende Haushaltsmitglied übersteigt. Nach den Gesamtumständen des jeweiligen Einzelfalls ist dann zu prüfen, ob die Ausstellung eines Wohnberechtigungsscheines dem Zweck des Schleswig-Holsteinischen Wohnraumförderungsgesetzes widerspricht. Als verwertbares Vermögen sind insbesondere zu betrachten: Bank- und Sparguthaben, Wertpapiere, Aktien, Aktienfonds, selbst bewohnter Haus- und Wohnungsbesitz, nicht selbst bewohnter Haus- und Wohnungsbesitz und sonstige Immobilien, bebaute und unbebaute Grundstücke.	
	Verfügen Sie oder eines der weiteren Haushaltsmitglieder über verwertbares Vermögen, das in der Summe den Wert von 60.000 € für das erste und 30.000 € je weiteres Haushaltsmitglied übersteigt?	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
10	Rechtsgrundlagen und Datenschutzrechtliche Hinweise Erklärungen der Antragstellerin / des Antragstellers	
	10.1	Die Daten der Einkommenserklärung dienen der Feststellung der maßgeblichen Einkommensgrenze und des Gesamteinkommens. Bei der Verarbeitung und Speicherung Ihrer Daten sind die Vorschriften des Landesdatenschutzgesetzes (LDSG) und der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) zu beachten.
	10.2	Zu den Angaben in Nr. 4 bis 9 habe ich schlüssige Belege, Nachweise oder sonstige Mittel der Glaubhaftmachung beigefügt.
	10.3	Ich versichere, dass die vorstehenden Erklärungen richtig und vollständig sind. Mir ist bekannt, dass falsche Angaben als Falschbeurkundung oder Betrug verfolgt und bestraft werden können. Mir ist bekannt, dass der Wohnberechtigungsschein 2 Jahre gültig ist.
	Glinde, den	Unterschrift:

11	Folgende Unterlagen wurden vorgelegt:	
		Personalausweis / Pass
		Einkommensnachweise der letzten 12 Monate
		Rentenbescheid/e
		Schwerbehindertenausweis/e
		sonstige Belege: